



Mitteilungsvorlage Amt für Wasserwirtschaft und Straßenbau Tagesordnungspunkt: ____		Drucksachen-Nr.: 2021-26/0455 Status: öffentlich Datum: 02.06.2023
Termin	Beratungsfolge:	
13.06.2023	Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr	

Bezeichnung:

Sicherstellung der Verkehrssicherheit an Moorstraßen

Sachverhalt:

Im Landkreis Rotenburg (Wümme) befinden sich viele Straßen in Mooregebieten auf nicht tragfähigem Untergrund. Besonders in den vergangenen trockenen Jahren sind an diesen Straßen erhebliche Schäden entstanden. Verstärkte Setzungen innerhalb des Straßenkörpers sind hierbei der Hauptgrund.

Die betroffenen Streckenabschnitte müssen häufiger kontrolliert werden, um die Verkehrssicherungspflicht aufrecht zu erhalten. Bisher können die Straßenmeistereien die Verkehrssicherheit mit wiederkehrenden, kurzfristigen, punktuellen Reparaturen am Straßenkörper aufrechterhalten. Weiterhin wurden Streckenabschnitte auf ein zulässiges Gesamtgewicht von 9 Tonnen beschränkt, die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf bis zu 30 km/h reduziert und Benutzungspflichten von Geh- und Radwegen aufgehoben. Es ist nicht auszuschließen, dass trotz dieser Maßnahmen teilweise oder auch komplette Sperrungen von Kreisstraßen notwendig werden.

Derzeit gibt es keine standardisierte Bauweise für Verkehrsflächen auf nicht tragfähigem Untergrund. Demzufolge müsste eigentlich der gesamte Unterbau der Straße bis zu ca. 5 m unter Geländeoberkante abgetragen und neu mit verdichtungsfähigem Material verfüllt werden. Neben den hohen Bau- und Entsorgungskosten ist hiermit ein erheblicher Eingriff in die Umwelt und Natur verbunden.

Erfahrungsgemäß ist ein guter Zustand von Moorstraßen nach den bisher durchgeführten Maßnahmen nur ca. 4 bis 6 Jahre gegeben. Auf tragfähigem Untergrund können diese guten Verhältnisse ca. 20 Jahre aufrechterhalten werden. In Mooregebieten ist somit eine deutlich schnellere Verschlechterung des Straßenzustandes zu beobachten.

Eine sehr häufige Ertüchtigung der Straße mit einer neuen Asphaltdecke auf nicht tragfähigem Untergrund ist nicht nachhaltig und auch sehr kostenintensiv. Die Verwaltung prüft deshalb, ob es auch alternative Bauweisen gibt. Kontakte mit einem Ingenieurbüro und möglichen Fördermittelgebern wurden bereits aufgenommen.

In der Sitzung des Fachausschusses sollen die Thematik in einer Präsentation näher vertieft und mögliche Lösungsansätze für die Zukunft vorgestellt werden.

In Vertretung

(Dr. Lühring)